

Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de

Ausgabe März 2017

Hinweis: Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausclick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) und den [Haftungsausschluss](#) finden Sie auf unserer Homepage.

Einladung: Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikel-Vorschläge (mit Link) an: info@buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de (Betr.: "BB-Artikelvorschlag").

Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion, 2017-01-17

Inhalt dieser Ausgabe

- **IPPNW: Die Atomkatastrophe besteht fort**
- **Karin Leukefeld und Markus Matzel: Irak: Leiser Tod im Garten Eden!**
- **Daniela Dahn: Kooperation oder Konfrontation mit Russland**
- **Willy Wimmer: Es macht Sinn, sich in Deutschland nicht alles zumuten zu lassen**
- **Holger Martens: Genossenschaften werden Weltkulturerbe**
- **Thomas Barth: Bertelsmann: Juristen und NRW-Lokalpresse nehmen Piraten-Kritik auf**
- **Nancy Fraser: Für eine neue Linke oder: Das Ende des progressiven Neoliberalismus**
- **Matthias Platzeck: Brauchen Europa und Russland einander wirklich?**
- **Welche Rolle könnte Europa spielen?**
- **Moloch EU und Strippenzieher Jean Monnet**
- **Thierry Meyssan: Der Brexit verteilt die geopolitischen Karten neu!**
- **Umweltinstitut München e.V.: Niederlagen am CETA-Entscheidungstag**
- **Ron Unz: Chinas Aufstieg, Amerikas Niedergang**
- **In eigener Sache: 'ESM-Volksinitiative' und 'Bürgerbrief für Frieden und Demokratie'**

Zitat des Monats von [Alexander Gortschakow](#) (1861)

Es gibt keine Interessen, die so voneinander abweichen,
dass sie nicht durch eifrige und harte Arbeit [...] im Geiste von Fairness und Mäßigung
zusammengebracht werden könnten.

- **In Erinnerung an das Atomreaktorunglück in Fukushima am 11.03.2011**

IPPNW: **Die Atomkatastrophe besteht fort**

[Sechs Jahre nach der Atomkatastrophe von Fukushima](#) leben die Menschen in Japan weiterhin mit deren verheerenden Folgen. Die Zahl der diagnostizierten Schilddrüsenkrebsfälle bei Kindern steigt in Fukushima weiter an. Waren es nach der ersten Reihenuntersuchung im März 2014 noch 101 Fälle, sind es nun, nach der ersten Nachuntersuchung zwei Jahre später, 145 Fälle. Das bedeutet, dass sich bei 44 Kindern der Krebs erst in den letzten zwei Jahren gebildet haben muss. Dies entspricht einer Erkrankungshäufigkeit (Inzidenz) von 8,1 Fällen pro 100'000 Kindern pro Jahr. Vor Fukushima lag dieser Wert bei 0,3. Derzeit wird über ein Einstellen der Reihenuntersuchungen gesprochen.

Andererseits üben die Behörden zunehmend Druck auf die knapp 100'000 Menschen aus, die ihre Heimat aufgrund der radioaktiven Kontamination verlassen mussten und bis heute als Strahlenflüchtlinge übers Land verstreut sind. Sie sollen möglichst bald in die verwaisten Ortschaften in Fukushima zurück kehren, auch wenn dort die Strahlenwerte weiterhin so hoch sind, dass man dort nicht ohne gesundheitliche Gefährdung leben kann. Da die Zahl der Rückkehrer anhaltend niedrig ist, sollen den Strahlenflüchtlingen nun die staatlichen Subventionen gekürzt werden.

An anderer Stelle berichtet Franz Alt von seiner Reise nach Japan, bei der es um das Thema [Atomkraftwerke und Atombomben sowie ihre Folgen für die Menschheit](#) ging. In Japan werde "dieser Zusammenhang besser verstanden als sonst wo auf der Welt. Hiroshima, Nagasaki, Fukushima – Wenn wir überleben wollen, werden wir ein elftes Gebot lernen müssen: Du sollst den Kern nicht spalten!"

Der [IPPNW](#), eine Vereinigung von Ärzten und Psychotherapeuten, setzt sich für die Ächtung jeglichen Krieges, für gewaltfreie, zivile Formen der Konfliktbearbeitung, für den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen und die gerechte Verteilung der Ressourcen, sowie für ein soziales und humanes Gesundheitswesen ein. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Karin Leukefeld und Markus Matzel: **Irak: Leiser Tod im Garten Eden!**

Karin Leukefeld und Markus Matzel haben 2016 für diese Dokumentation nach den Spuren der verheerenden Munition gesucht und Ärzte und Politiker, Wissenschaftler und Betroffene begleitet. [Im Irak gibt es einen dramatischen Anstieg von Geburtsfehlern und Krebserkrankungen](#). Studien, die jedoch nicht anerkannt werden, sehen den Grund im Einsatz von Uranmunition.

Die Filmautoren schildern die Folgen des Krieges für Menschen und Umwelt. Die erschütternde Reportage stellt Menschen vor, die sich allein gelassen fühlen, ohne Aussicht auf eine bessere Zukunft. Täglich sterben Kinder, ohne dass die Ursachen erforscht oder beseitigt werden. Der Tod macht keine Unterschiede zwischen Sunniten, Schiiten oder Christen - im Land zwischen den zwei Strömen stirbt langsam und leise das Paradies. (Video, 0h44)

[Karin Leukefeld](#), Jg. 1954, Studien der Ethnologie, Islam- und Politikwissenschaften, Ausbildung zur Buchhändlerin. Seit 1997 freie Journalistin. Sie ist die einzige deutsche Journalistin mit einer Akkreditierung in Syrien. (Red.)

[Markus Matzel](#) macht seit 1993 Recherchen, Foto- und Filmreportagen/-dokumentationen zu verschiedenen Themen, insbesondere zu Bergmännern, Kriegen, Völkerwanderungen und Kindesmissbrauch. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Daniela Dahn: **Kooperation oder Konfrontation mit Russland**

Parallel zur Münchner Sicherheitskonferenz fand auch 2017 im alten Rathaus wieder die aus der Bürgerschaft kommende Münchner Friedenskonferenz statt. Dort hielt Daniela Dahn diesen Vortrag.

Zunächst stellt die Rednerin die Geschichte der Konfrontation mit Russland in Europa seit dem völkerrechtswidrigen Jugoslawienkrieg dar. Dabei macht sie auf die [Unterschiede zwischen der Realität und der westlichen Darstellung](#) aufmerksam: Real haben die aggressiven Aktionen der NATO in Europa zur neuen Konfrontation mit Russland geführt; die NATO behauptet, die aggressive Politik Russlands sei der Grund der Spannungen.

Auch hinsichtlich Syrien zeigt sich die Konfrontation mit Russland in der Berichterstattung bzw. in der Interpretation der Zahlen, so z.B. hinsichtlich des Bombardements von Terroristengruppen. Oder wenn es um die Befreiung von Aleppo oder Mossul oder um die Unterscheidung zwischen Terroristen und Zivilisten geht.

Hinsichtlich der berichteten russischen Hacker-Angriffe auf Hillary Clintons Mail-Konto erhebt Dahn die Frage, ob es sich hier eher um Whistleblower gehandelt habe. Für russische Angriffe gebe es keine Beweise. Andererseits erinnert sie an die US-Einmischung, als es um Jelzins Wiederwahl ging.

Am Beispiel Ukraine macht Dahn klar, dass man Völkerrecht und territoriale Unversehrtheit nur wahren kann, wenn die Parteien gegenseitig ihre Interessen ernsthaft zur Kenntnis nehmen. Auch international verbindliche Regeln für Autonomie wären hilfreich, um Blutvergießen zu vermeiden.

Um zu einer gemeinsamen Friedenspolitik zu kommen, ruft Dahn den von den Nazis umgebrachten Theologen Dietrich Bonhoeffer in Erinnerung, der wahrlich christlich-abendländisch dachte: „Es gibt keinen Weg zum Frieden auf dem Weg der Sicherheit. Denn Friede muss gewagt werden, ist das eine, große Wagnis, und lässt sich nie und nimmer sichern. Friede ist das Gegenteil von Sicherung.“

Krieg dagegen ist die exzessivste Form des Terrorismus. Er ist seit 1929 für alle Zeiten völkerrechtlich geächtet. Die wichtigsten Unterzeichnerstaaten haben sich nicht daran gehalten. Auch wir Bürger seien dafür zuständig, dass darüber eine gesellschaftliche Debatte stattfindet.

Auch als [Video \(0h27\)](#) verfügbar.

Daniela Dahn, Jg. 1949, Journalistik-Studium in Leipzig, dann Fernsehjournalistin. Kündigung 1981, Rückzug aus journalistischer Tätigkeit. Seit 1982 freie Schriftstellerin in Berlin. Im Herbst 1989 Gründungsmitglied des "Demokratischen Aufbruchs". (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Willy Wimmer: **Es macht Sinn, sich in Deutschland nicht alles zumuten zu lassen**

Wie die [Deutsche Welle](#) und [Zeit-online](#) berichten, haben CDU/CSU die Abschaffung des Parlamentsvorbehalts gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr für diese Legislaturperiode aufgegeben. Diese Regelung sähe vor, dass die Regierung Einsätze unterhalb von Kampfeinsätzen genehmigen und das Parlament die Soldaten dann nur noch zurückholen kann. Dass vor allem die Nicht-Durchsetzbarkeit solch einer Regelung für den Rückzug der Union verantwortlich ist, wurde von dieser zurückgewiesen.

Willy Wimmer sieht in dem Rückzug der Union vor allem die Absicht, dieses Thema und die damit verbundene prinzipielle [Frage von Auslandseinsätzen der Bundeswehr nicht so kurz vor dem Wahlkampf zu behandeln](#). Für Wimmer ist dieser Rückzug der Union ein Beweis dafür, dass sich Widerstand der Bevölkerung gegen solche Einsätze und andere unzumutbaren Absichten lohnt.

An dieser Stelle rufen wir in Erinnerung (Red.): Zum 01.01.2017 wurde der §80 des StGB gestrichen. Dies erfolgte nicht ersatzlos, denn die [Vorbereitung eines Angriffskrieges](#) wurde mit einigen Änderungen in das seit 2002 geltende, aber noch nicht rechtswirksame Völkerstrafgesetzbuch (VStGB) als §13 aufgenommen, das sich in der Definition der Aggression auf das Römische Statut bezieht. Durch die Änderungen ist der Straftatbestand teilweise weniger eindeutig formuliert bzw. teilweise eingeschränkt. Zudem ist der §13 VStGB noch nicht rechtswirksam, da erst 13 von mindestens 30 erforderlichen Mitgliedstaaten das Römische Statut ratifiziert haben.

[Willy Wimmer](#), ehemaliger Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium und Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, ist unter Einschluss von Finanz- und

Wirtschaftsfragen Experte für globale Sicherheitspolitik und führte über Jahrzehnte auf höchster staatlicher Ebene Gespräche. Wimmer treibt die gegenwärtige Lage in der Ukraine und Syrien sowie die diesbezügliche Politik um. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Holger Martens: Genossenschaften werden Weltkulturerbe**

Ende letzten Jahres hat die UNESCO beschlossen, die [Genossenschaftsidee als immaterielles Weltkulturerbe](#) anzuerkennen.

Im Deutschlandfunk-Interview erläutert der Historiker Holger Martens die aktuelle Bedeutung der Genossenschaften. Das Motto „Einer für alle und alle für einen“ prägt die moderne Genossenschaftsbewegung seit sie im 19. Jahrhundert von Hermann Schultze-Delitzsch und Friedrich-Wilhelm Raiffeisen neu belebt wurde. Heute gibt es weltweit 800 Millionen Genossenschaftsmitglieder in über 100 Ländern.

Die Idee steht für Selbsthilfe, Selbstverwaltung und Selbstverantwortung. Genossenschaften prägen große Teile des wirtschaftlichen Lebens zum Beispiel im Wohnungsbau, in der Landwirtschaft und im Bankenwesen. Die Mitglieder regeln ihre Angelegenheiten selbst nach demokratischem Prinzip, unabhängig davon, dass sie mit unterschiedlich großen Einlagen beteiligt sind. Aktuell gründen Bürger auch Genossenschaften im nachbarschaftlichen Bereich, zum Beispiel um Einkaufsläden zu betreiben, oder auch um Energieversorgung und Arztpraxen zu ermöglichen und sogar durch Gründung von Instituten der Rechts- und der Wirtschaftswissenschaften.

Zum [Thema der inneren Demokratie](#) und auch ihrer Gefährdung durch manchmal zu abgehobene Vorstände bei Genossenschaften führt Peter Sawicki Weiteres aus.

[Holger Martens](#), Jg. 1962, Historiker, 2005 Gründung der Historikergenossenschaft 'Geschichtswerk eG, dort Vorstand bis 2011, viele Veröffentlichungen zu Genossenschaften. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Thomas Barth: Bertelsmann: Juristen und NRW-Lokalpresse nehmen Piraten-Kritik auf**

Die Bertelsmann-Tochter Arvato beantwortet 80% der Bürgerfragen im ServiceCenter der Landesregierung abschließend, d.h. die Exekutive bekommt vier von fünf Anfragen gar nicht mehr zu sehen. [Für diese Ruhe vor dem Bürger bezahlt die Landesregierung 6,7 Mio. Euro](#). An diesem Beispiel wird sichtbar, welche große Rolle Bertelsmann im politischen Alltag in NRW spielt. Es gab in den letzten zehn Jahren so viele andere Projekte, die von Bertelsmann im Auftrag der Landesregierung bearbeitet wurden, dass die Landesregierung knapp [50 Seiten](#) braucht, um sie alle aufzuzählen. Allein die Treffen von Regierungsbeamten mit Bertelsmann nehmen darin 13 Seiten ein.

In der Debatte im Landtag bestritten die etablierten Parteien trotz der sichtbaren Dominanz von Bertelsmann jegliche anstößige Einflussnahme derselben. Dabei hatten die anfragenden Piraten im Vorfeld bei einer Recherche auf dem Webserver des Landtages für das Stichwort "Bertelsmann-Stiftung" 1'370 Treffer, für die "Bosch-Stiftung" lediglich 69 Treffer, die "Körper-Stiftung" nur 27 Treffer erhalten.

Der Medienkonzern hat [schon früh Einfluss auf die Bildungspolitik](#) genommen. So wurden 2005 in NRW über 900 Kennziffern (im Zusammenhang mit [Ranking- und Best-Practise-Verfahren](#)) in den Schulalltag eingeführt, um Bewertungen vornehmen zu können. Heute betreibt Bertelsmann Lehrerfortbildung und bevormundende Evaluation. An den Hochschulen wurden die Studiengebühren über ein überwiegend von der Bertelsmann-Stiftung finanziertes 'Centrum für Hochschulentwicklung' auf die Schiene gesetzt, konnten aber mit einem Sturm studentischer Entrüstung nieder gekämpft werden.

Aber Bertelsmann ist weit über NRW hinaus präsent. Seine Tochter Arvato ist der [Verwalter der größten privaten Datenbank der Bundesbürger](#), macht uns also transparent. Andererseits sind in der Arvato-Datenbank manche Daten über hauseigene Fakten einfach nicht zu finden. Auch zur

EU hat Bertelsmann sichtbare Verbindungen. So sitzt Viviane Reding, die für das EU-Datenschutzgesetz 2015 zuständig war, im Stiftungskuratorium.

[Thomas Barth](#), *Kriminologe und freier Journalist und Autor, Mitglied von Attac, interessiert an Netzkultur, Film und Medienkonzernen.* (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Nancy Fraser: **Für eine neue Linke oder: Das Ende des progressiven Neoliberalismus**

Die Wahl Donald Trumps ist einer von vielen dramatischen Akten politischen Aufruhrs, die, so Nancy Fraser, zusammengenommen einen [Kollaps der neoliberalen Hegemonie](#) anzeigen. Zu diesen Akten zählen das Brexit-Votum in Großbritannien, die Zurückweisung der Renzi-Reformen in Italien, die Kampagne zur Nominierung von Bernie Sanders als Präsidentschaftskandidat der US-Demokraten und der zunehmende Rückhalt für den Front National in Frankreich. Die Reihe ließe sich fortsetzen.

So sehr sie sich weltanschaulich und in ihren Zielen unterscheiden mögen, haben diese Meutereien des Wahlvolks doch eines miteinander gemein: In allen Fällen handelt es sich um Absagen an die wirtschafts- und finanzgesteuerte Globalisierung, den Neoliberalismus und die politischen Establishments, die beides förderten.

[Nancy Fraser](#), *Jg. 1947, Politikwissenschaftlerin und Feministin. Zusammen mit Andrew Arato ist sie Herausgeberin der Zeitschrift Constellations, einer internationalen Fachzeitschrift für Kritische Theorie und Demokratietheorie.* (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Matthias Platzeck: **Brauchen Europa und Russland einander wirklich?**

Platzeck schildert in seiner Dresdner Rede vom 19.02.2017 positive Erfahrungen aus seiner Biographie mit der russischen Kultur, aber auch mit dem sowjetischen Militär in der DDR 1989. Auch wenn es selbstverständlich andere Erfahrungen gäbe, [käme es doch darauf an, die andere Seite verstehen zu wollen](#) und nicht, wie es in letzter Zeit geschieht, die Gegensätze in den Vordergrund zu stellen.

Russland habe sicher nicht dieselbe demokratische Geschichte wie Westeuropa, aber hat nicht auch Westeuropa finstere Seiten in seiner jüngeren Geschichte? Es gibt eine lange gemeinsame Geschichte in Kultur und Wissenschaft, aber in letzter Zeit wird fast nur noch die despotische Seite der russischen Geschichte betont. Dabei gäbe es auch aktuell sehr ähnliche Probleme: in den EU-Staaten nationalistische Bewegungen und im Bereich der ehemaligen Sowjetunion ebenfalls ein Auseinanderdriften der ehemaligen Unionsmitglieder und heutigen selbständigen Staaten. In Russland wird der Zerfall der Sowjetunion als Demütigung empfunden, sodass Russland verständlicher-weise bestrebt ist, ein starker Nationalstaat zu werden.

Dabei strebt Russland eine friedliche Koexistenz mit Westeuropa an: Vor über 25 Jahren sind 500'000 Streitkräfte friedlich abgezogen und mit der Charta von Paris sei ein Ende der Konfrontation beschlossen worden. 2001 bot der russische Präsident im Deutschen Bundestag partnerschaftliche Beziehungen an, aber seit 2007 sah er sich durch die US-Hegemonie bedroht; die vorgeschlagenen Sicherheitsverträge 2008 und 2010 wurden nicht angenommen. Russland wurde nicht als Partner auf Augenhöhe akzeptiert. Das zeigt sich auch in der Erinnerungskultur an den Weltkrieg, die von deutschen Politikern in verschiedenen Staaten, aber ausgerechnet in Russland nicht gepflegt wird; in Russland sind dagegen Deutsche an den Erinnerungsorten willkommen.

Die Politik von Willy Brandt und Egon Bahr „Wandel durch Annäherung“ wird heute umgekehrt – erst Wandel, dann Annäherung –, was in Russland als Bevormundung empfunden wird. Dabei ist Russland trotz der Sanktionen ein wachsender Wirtschaftspartner für Europa und die Bevölkerung in Deutschland unterstützt laut Umfragen mehrheitlich die friedliche Annäherung und lehnt Sanktionen ab. Das Deutsch-Russische Forum e.V. versucht Brücken zu bauen, was mit vielen Beispielen erläutert wird.

Auch als [Video \(1h11\)](#) verfügbar.

[Matthias Platzeck](#), Jg. 1953, deutscher Politiker. 1990 als parteiloser Vertreter in die Regierung Modrow aufgenommen und danach in die freie und letzte DDR-Volkskammer gewählt. Nach der deutschen Wiedervereinigung Umweltminister des Landes Brandenburg. Von 1998 bis 2002 Oberbürgermeister von Potsdam. 2002 bis 2013 Ministerpräsident von Brandenburg. 2010 bis 2013 Vorsitzender der Deutsch-Russischen Freundschaftsgruppe im Bundesrat. Seit 2014 Vorsitzender des Deutsch-Russischen Forums e.V.. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

• Welche Rolle könnte Europa spielen?

Der inneramerikanische Machtkampf nach der Wahl des Präsidenten findet in den europäischen Medien ein Echo als wären wir ein US-Bundesstaat. [De facto hat Westeuropa seit 1945 sein Schicksal nicht mehr selbst bestimmt](#) und die Amerikanisierung aller Lebensbereiche inklusive des Raubtierkapitalismus mit seiner sozialdarwinistischen Ideologie hat sich durchgesetzt. Es erhebt sich die Frage, ob Europa den gleichen Wege gehen will wie die USA: Armut eines Drittels aller Bürger und endlose Kriege, oder ob es sich nicht auf seine eigene Kultur und soziale Tradition wie etwa den Genossenschaftsgedanken besinnen will.

[Inhalt](#) ↑

• Moloch EU und Strippenzieher Jean Monnet

Um den Hintergrund der heutigen, im o.g. Artikel kurz skizzierten Situation der EU ins Gedächtnis zurückzurufen, könnte es sinnvoll sein, sich ihre tatsächliche Geschichte zu vergegenwärtigen. Die Autoren des Artikels weisen auf die [doppelgesichtige Geschichte der EU](#) hin. Hinter dem Gesicht (die EU bedeutet Frieden und Wohlstand), das wir alle kennen und das in den meisten Geschichtsbüchern zu finden ist, gibt es noch eines, das aber niemand sehen soll: es ist die hintergründige Geschichte der EU, die in den vierziger Jahren in den USA geplant, nach 1945 in Europa von dem Wallstreet-Banker Jean Monnet ins Werk gesetzt wurde und damit die europäischen Staaten um ihre Souveränität brachte.

Dieser Artikel aus dem Jahr 2010 ist in seiner Analyse auch heute noch gültig. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

• Thierry Meyssan: Der Brexit verteilt die geopolitischen Karten neu!

Der Artikel des Autors stammt vom 26. Juni 2016, ist also eine erste Reaktion auf das Brexit-Votum. Wie sich im aktuellen Weißbuch der britischen Regierung nachlesen lässt, ist die Rückkehr zur nationalen Souveränität ein wichtiger Punkt. Thierry Meyssan fügt noch hinzu: „er garantiert nicht die Souveränität des Volkes“. Die 'City of London' wird die Souveränität dazu nutzen, um den Markt mit dem Yuan zu entwickeln. Der Brexit wurde seiner Ansicht nach von der Gentry (ursprünglich [untitulierter Landadel](#) in England, Red.) und dem Buckingham-Palast unterstützt und markiert das [Ende der ideologischen wie auch der militärisch-wirtschaftlichen Dominanz der USA](#). NATO und EU waren nur zwei Seiten derselben Medaille.

Meyssan vergleicht die augenblickliche Situation der EU mit der der untergehenden Sowjetunion: Auch ihre Eliten waren blind in Bezug auf den Zusammenbruch des Systems.

Auch wenn man selbst nicht alle Vergleiche und Schlüsse so ziehen möchte, ermuntert uns Meyssan, die EU kritisch zu betrachten. (Red.)

[Thierry Meyssan](#): Französischer Intellektueller, Präsident und Gründer des 'Réseau Voltaire' und der Konferenz 'Axis for Peace'. Er veröffentlicht Analysen über ausländische Politik in der arabischen, latein-amerikanischen und russischen Presse. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Umweltinstitut München e.V.: **Niederlagen am CETA-Entscheidungstag**

Am 14.02.2017 hat das [Europäische Parlament grünes Licht für das europäisch-kanadische Abkommen CETA](#) gegeben. Mit 408:254 bei 33 Enthaltungen stimmte die Mehrheit der Abgeordneten dafür. Damit kann das Abkommen nun vorläufig in Kraft gesetzt werden. Am selben Tag entschied das bayerische Verfassungsgericht gegen das angestrebte Volksbegehren „Nein zu CETA!“.

Trotz dieser Rückschläge ist CETA noch nicht durch, denn rund 40 Parlamente der EU-Mitgliedstaaten müssen noch zustimmen. Sagt nur eines davon „Nein!“, scheitert CETA und die vorläufige Anwendung muss beendet werden. Bis die Ratifizierung in den EU-Staaten beginnt, können allerdings noch Monate oder sogar Jahre vergehen.

Das [Umweltinstitut München](#), gegründet 1986 unmittelbar nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl, ist ein unabhängiger Verein, der sich gegen Atomkraft, für gentechnikfreies Essen, für eine nachhaltige Energiewende und für den ökologischen Landbau einsetzt. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Ron Unz: **Chinas Aufstieg, Amerikas Niedergang**

Ron Unz hat 2012 ein auch heute noch gültiges [Resümee der Entwicklungen in China und den USA](#) gezogen und dabei recht fein auf einzelne wesentliche Aspekte der jeweiligen Entwicklung hingewiesen.

Im ersten Teil des Artikels beschreibt der Autor sehr faktenreich den wirtschaftlichen Aufschwung Chinas. Lag die Kaufkraft 1980 noch deutlich unter der von anderen größeren Drittweltländern wie Indonesien oder Nigeria, änderte sich dies sehr schnell, nachdem Deng Xiaoping 1978 seine Reformen des freien Marktes in die Wege leitete.

1985 brachte der 'Economist' eine Titelgeschichte, in der die Bauern Chinas dafür gepriesen wurden, dass sie ihre landwirtschaftliche Produktion in gerade einmal sieben Jahren verdoppelt hatten, ein Erfolg nahezu ohne Beispiel in der Weltgeschichte. In den drei Jahrzehnten bis 2010 erreichte China vielleicht die schnellste nachhaltige Rate wirtschaftlicher Entwicklung in der Geschichte der Menschheit, mit einem Wachstum der realen Wirtschaft um das fast 40-fache.

Dabei ist der weitaus überwiegende Teil von Chinas neu geschaffenen Reichtum zu den einfachen chinesischen Arbeitern geflossen. 662 Millionen Chinesen konnten aus der Armut geholt werden. Waren die Chinesen von 1980 bitter arm verglichen mit den Pakistanern, Nigerianern oder Kenianern, sind sie heute um ein mehrfaches wohlhabender und haben vergleichsweise ein Einkommen, das mehr als zehnmals so hoch ist.

Im zweiten Teil wendet sich der Autor dem wirtschaftlichen und staatsrechtlichen Niedergang Amerikas zu. Während das reichste 1 Prozent der Bevölkerung Amerikas immer reicher wird, hat kaum die Hälfte der 18- bis 24-jährigen Amerikaner einen Arbeitsplatz. Nahezu ein Fünftel der jungen Männer wohnen noch immer bei ihren Eltern, während das Vermögen aller von unter 35-jährigen geführten Haushalte heute um 68 Prozent unter dem von 1984 liegt. Ein gewaltiger Anteil von Amerikas jüngerer Generation scheint völlig verarmt zu sein.

Mit zwei ruinösen Kriegen und einem finanziellen Zusammenbruch in seiner Amtszeit wurde George W. Bush weitgehend als einer der desaströsesten Präsidenten der amerikanischen Geschichte angesehen. Mit der Wahl von Obama verbanden viele die Hoffnung auf Besserung. Daraus wurde allerdings so gut wie nichts. Stattdessen war die Fortführung der Politik der Administration derart umfassend und so offenkundig, dass viele Kritiker jetzt routinemäßig von der Bush/Obama-Administration sprechen. Die harschen Verstöße gegen Verfassungsprinzipien und Bürgerrechte, mit denen Bush nach den Attacken des 9/11 voranging, wurden unter Obama nur weiter intensiviert.

Dem Autor fiel insbesondere auf, dass die Sicht der US-Elite mit der Realität wenig zu tun hat und dass deshalb die von ihr dazu gelieferten Informationen ernstlich irreführend und damit eine

Gefahr für das Land sind. So sei es nicht verwunderlich, dass die Führungselite die Führerschaft an China verlieren werde - noch vor Ende dieses Jahrzehnts.

[Ron Unz](#), Jg. 1961, ehem. Geschäftsmann, kandidierte 1994 für den Gouverneursposten in Kalifornien, fördert das Lernen von Fremdsprachen im fremdsprachlichen Umfeld. 2007 bis 2013 Herausgeber des 'The American Conservative'. Heute Herausgeber des 'The Unz Review', um darin über von den US-Mainstream-Medien gemiedenen Themen zu berichten. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **In eigener Sache:**

- **'ESM-Volksinitiative' und 'Bürgerbrief für Frieden und Demokratie'**

Anfang 2013 hatten sich Bürger aus ganz Deutschland zusammengetan und die 'Volksinitiative für den ESM-Austritt' ins Leben gerufen. Konkretes Ziel der Volksinitiative war es, innerhalb von 18 Monaten 400'000 Unterschriften zu sammeln. Mit diesen Unterschriften als Ausdruck des Bürgerprotestes sollte der Bundestag bewegt werden, ein Gesetz für den Austritt Deutschlands aus dem ESM (Europäischer Stabilitätsmechanismus) zu beschließen.

Dadurch dass die EZB die Aufgabe übernahm, die hoch verschuldeten Länder der Euro-Zone mit billigem Geld zu versorgen, verlor der ESM an Bedeutung und öffentlicher Aufmerksamkeit. So ist es in der vorgesehenen Frist nicht gelungen, die angestrebte Zahl an Unterschriften zu sammeln. Aber im Rahmen der vielen Gespräche mit den Mitbürgern hat die Initiative ihren Beitrag geleistet, auf die weltweite Finanz-Unordnung und deren Gefahr für die freiheitlichen, sozialen, rechtsstaatlichen und demokratischen Verfassungsordnungen der Nationalstaaten sowie den Weltfrieden aufmerksam zu machen.

Die Initiative war aber auch von dem Willen getragen, dass in Deutschland die Volkssouveränität durch direkte Demokratie zu verwirklichen, wie es das deutsche Grundgesetz vorschreibt. Dies ist auf Bundesebene bis heute in keiner Weise verwirklicht. Im Gegenteil, seit 2013 wurden massive Kampagnen gegen die Idee der direkten Demokratie auf Bundesebene geführt.

Die ESM-Austrittsinitiative wird nunmehr abgeschlossen und die Bögen mit den Unterschriften vernichtet, um den Datenschutz zu gewährleisten. Die Homepage der Initiative wurde gekündigt. Dadurch wird der [Link zur Abschlusserklärung der Initiative](#) nur bis zum 31.03.2017 zur Verfügung stehen.

Damit die Abschlusserklärung der 'ESM-Volksinitiative' nicht verloren geht, werden wir diese auf unserer Seite "Über uns" als PDF anfügen. (Red.)

[Inhalt](#) ↑